

# Streit um Lebensmittelkarten

## Versorgungs-Ministerium in Nöten — „Zweifelhaftes Leistungsprinzip“

Berlin (Eigenbericht). Ohne den Verbrauchern davon Kenntnis zu geben, hat die Zonenregierung den zuständigen Instanzen neue Direktiven über die Lebensmittelkarten-Einstufungen für 1955 zugeleitet. Mit diesen Richtlinien soll dem seit Mitte vergangenen Jahres herrschenden Durcheinander in der Kartenversorgung begegnet werden. Der Grund: Namentlich in den letzten Monaten sind aus zahlreichen Großbetrieben Beschwerden wegen der falschen Einstufung bestimmter Berufszweige laut geworden. Viele Arbeiter, die heute eine wesentlich schwerere Arbeit leisten müssen als 1953, erhalten noch die gleiche Lebensmittelkarte. Um sogenannte „Härtefälle“ zu regeln, kamen die neuen Bestimmungen heraus. Sie werden geheim gehalten, um nicht eine unabsehbare Kette weiterer Ansprüche aus der arbeitenden Bevölkerung nach sich zu ziehen. Nur wer es sehr nachdrücklich fordert, soll sein Recht bekommen.

Nach Ansicht der sowjetzonen Versorgungsstellen können etwa 250 000 Arbeiter und Angestellte bei genauer Anwendung der einschlägigen Vorschriften eine höhere Lebensmittelkarte beanspruchen als die, die sie zur Zeit erhalten. Dies trifft vor allem auf Industriebetriebe zu, wo wegen der mangelnden Stromversorgung gelegentliche Nacht- und Spätschichten eingelegt werden müssen. Den Betriebsgewerkschaftsleitungen, die sich anfangs darum kümmern wollten, wurde zu Anfang des Jahres bedeutet, in Kürze kämen Neueinstufungen, bei denen alle Ansprüche berücksichtigt würden.

Seither wurden die Arbeiter und Angestellten vertröstet, bis es nach der letzten enttäuschenden Preissenkung zu erregten Auseinandersetzungen über dieses Thema gekommen ist. Bis dahin hatten nämlich die Aufklärer argumentiert: Besser eine Politik der Preissenkungen, als Streit um Lebensmittelkarten-Einstufungen!

Die Preissenkung hat jedoch in den entscheidenden Punkten — Fleisch, Wurstwaren, Butter, Milcherzeugnisse — keine Erleichterung gebracht. Folglich

fühlten sich die Arbeiter betrogen und verlangten nun nachdrücklich eine gerechtere Verteilung der Karten.

Dazu kamen die Stimmen derer, die eben wegen der parteioffiziellen Verlautbarungen erklärten: Wenn es stimmen soll, daß der Löwenanteil unseres Lebensmittelverbrauchs auf Karten abgegeben wird, dann gibt uns bitte eine einheitliche Grundkarte, und zwar die Karte A! Was braucht der Verwaltungsfunktionär lediglich wegen der Tatsache, daß er monatlich über 950 DM verdient, die höchste Kartenstufe?

### Mit Doppelboden

Hier beruft sich die SED auf das vielumstrittene „Leistungsprinzip“. Wer mehr arbeitet, soll mehr essen, sagt die Partei. Gleichzeitig aber versucht sie das einst groß propagierte Leistungsprinzip in der Lohnzahlung wieder abzubauen. In der Bauindustrie werden plötzlich die alten Leistungslöhne überall gestrichen und den Bauarbeitern wird erklärt: Wir können diese Tarife nicht halten, wenn wir den Wohnungsbau weiterführen wollen. Und: Ihr habt ja dafür höhere Le-

bensmittelkarten, die es euch erlauben, viel Geld zu sparen, das ihr sonst in die HO tragen müßtet!

Das ist entscheidend: Der Staat, der die von ihm selbst eingeführten Leistungslöhne wie vor dem 17. Juni — nur diesmal etwas lautloser — wieder abbauen will, entschuldigt den Betrug mit dem Hinweis auf die höhere Lebensmittelkarte.

So ist das „Leistungsprinzip“ — auf die Lebensmittelkarten angewandt — eine geldsparende bzw. korrumpierende Maßnahme für den Staat. Die Lebensmittelkarte wird stillschweigend zum Lohn hinzugerechnet: Dafür kannst du ja billiger leben!

### Minister Wach sieht schwarz

Das hat natürlich dazu geführt, daß sich die Arbeiter sagen: Gut, wenn wir schon mehr arbeiten sollen, ohne mehr Lohn dafür zu bekommen, dann wenigstens her mit der passenden Lebensmittelkarte!

Die Kartenstellen haben auf Grund der neuen Verfügungen die Pflicht, in „Härtefällen“ auch nachzugeben. Nun aber stellt sich plötzlich heraus, daß es rund 250 000 solcher „Härtefälle“ gibt! Die Initiatoren jener Verfügung, unter ihnen Versorgungsminister Wach, wissen nicht, wie sie nun der von ihnen selbst geschaffenen Lage Herr werden sollen. „Eine Kettenreaktion und eine Vielzahl ähnlicher Anträge“ sieht Wach in einem warnenden Artikel in der „Berliner Zeitung“ vom 25. 9. voraus. Die Kartenstellen meinen, auch dieser Artikel sei eine Dummheit gewesen, denn: „Warum die Leute erst aufmerksam machen auf das, was ihnen zusteht, ihnen aber noch gar nicht bewußt ist?“

## Zwang zur Verständigung

WG. Auf der Londoner Konferenz wird es für die beteiligten Staatsmänner sehr schwierige Arbeit geben. Sie hat mit abendländischer Romantik nichts mehr zu tun, sondern mit sehr harten europäischen Tatsachen. An diesen Tatsachen sind die „Europäer“ verschiedener Nationalität mit ihrem lobenswerten Elan bisher gescheitert. Aufgabe nüchternen Realisten muß es nun sein, den Tatsachen mit dem Willen zu einer den Umständen nach besten Lösung gerecht zu werden. Die Teilnehmer der Konferenz sind sich der Schwierigkeiten dieser Aufgabe bewußt. Der Londoner Begegnung geht deshalb nicht eine billige Atmosphäre des Optimismus voraus.

### Nicht reden, verhandeln!

Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in den Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Staatsmänner (wobei die stärkste Belastung von der französischen Politik kommt), sondern auch in dem politischen Meinungsstreit einiger der beteiligten Völker. Er ist vor allem in Frankreich und der Bundesrepublik, aber auch in England sichtbar geworden. Für uns insbesondere ist es bedauerlich, daß der Bundeskanzler, so sehr er nach wie vor das Vertrauen einer großen parlamentarischen Mehrheit genießt, in London dennoch eine zwischen Regierung und Opposition gebrochene politische Front vertritt. Dieser Mangel ist heute wohl unheilbar. Er wäre auch durch die von der SPD geforderte außenpolitische Debatte nicht gemildert, sondern wahrscheinlich in dramatischen Kontroversen noch verschärft worden.

Als nach dem Scheitern der EVG die „europäische“ Gruppe der französischen Nationalversammlung eine sofortige außenpolitische Debatte forderte, um Aufschluß über die weitere Regierungspolitik zu erhalten, hat auch Mendès-France diese Forderung abgelehnt; eine große Mehrheit hat ihm recht gegeben.

Auch in Frankreich, wo die Themen der Londoner Konfe-

renz stark umstritten sind, wird heute nicht im Parlament geredet, sondern von der Regierung verhandelt. Für die anderen beteiligten Länder gilt das gleiche. Wir erwähnen das nur, um zu zeigen, daß Überlegungen, wie sie im Bundestag zur Verweigerung einer außenpolitischen Debatte geführt haben, auch in den Regierungen und Parlamenten anderer Länder üblich sind.

### Integration und Integrität

Die außenpolitische Planung der SPD geht heute an der grundlegenden Tatsache vorbei, daß der Westen in seinem Zustand der Uneinigkeit weder erfolgreicher Verhandlungspartner Moskaus sein kann, noch daß dieser Zustand „auf gut Glück“ weiter sich selbst überlassen bleiben darf. Durch Unterlassung ist in den letzten Jahren so viel gesündigt und so viel verdorben worden, daß der Zwang zu verständigem Handeln sich ganz von selbst ergibt. Das wichtigste heute ist, den Zustand der Schwäche zu überwinden, und zwar durch Schaffung von Tatsachen, die der Bundesrepublik die aktive Mitwirkung an einer gemeinsamen Sicherung ermöglichen. Das ist zugleich die Voraussetzung für ihre spätere Beteiligung an einem kollektiven europäischen Sicherheitssystem, in dem die SPD den Weg zur Lösung der deutschen Frage vermutet. Was wir heute an eigener Kraft und neuem Gewicht gewinnen können, das wird uns später nicht leicht gegeben werden, wenn es einmal darum gehen sollte, ein europäisches Sicherheitssystem zu verwirklichen, in dem auch Moskau seine Rolle spielen wird.

Auch wir geben dem Bundeskanzler auf seinem schweren Gang nach London selbstverständlich die Erwartung mit, daß er die sehr ernstesten Fragen, die der Konferenz aufgegeben sind, stets unter dem höheren Gesichtspunkt der deutschen Wiedervereinigung prüft und beantwortet. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel von der „Integration“ gehört, von der Ganzheit Europas durch Hereinnahme der Bundesrepublik in eine europäische Gemeinschaft politischen und militärischen Charakters. Wir haben vielleicht zu wenig von dem verwandten

Begriff „Integrität“ gesprochen, — von der natürlichen Ganzheit und Unantastbarkeit des deutschen Staatsbodens und Staatsvolkes, die eine unverzichtbare Voraussetzung jeder weiteren europäischen Entwicklung sind. Diese Integrität ist eher noch wichtiger als die Integration. Jedenfalls steht sie in ihrer nationalen und europäischen Bedeutung hinter ihr nicht zurück.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist und bleibt die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik, weil alles, was in unserem Lande und in seinen internationalen Akten geschieht, auf dieses Ziel hingeeordnet, ihm unmittelbar oder mittelbar dienlich sein muß. Es handelt sich hierbei um Aufgaben, die so sehr in einem funktionellen Zusammenhang stehen, daß die Lösung der einen ohne Lösung der anderen ein unhaltbares Stückwerk des Ganzen bleiben muß. Wiedervereinigung Deutschlands, — das heißt immer auch Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit. Wir können uns Deutschland, wenn wir von ihm sprechen, anders gar nicht vorstellen.

### Bewährungsprobe

Die Londoner Konferenz ist die vielleicht letzte Bewährungsprobe einer neuen europäischen Politik. Das ist ein großer Einsatz. Der Bundeskanzler wird in dieser schwierigen Situation richtig handeln, wenn er in London alles tut, was die gute Verständigung, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, zu fördern vermag — bis an die Grenze dessen, was der unbestreitbare Anspruch auf deutsche Gleichberechtigung und der unverzichtbare Anspruch auf deutsche Wiedervereinigung gestatten. Hier kann es im Ergebnis der Konferenz kein Zwielicht und auch keine Regelung geben, die der Wiedervereinigung Deutschlands unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen würde. Es darf deshalb kein Zurück hinter die Berliner Konferenz geben, auf der das letzte und endgültige Entscheidungsrecht über alle politischen und militärischen Bindungen der beiden Teile Deutschlands von den Westmächten selbst einer kommenden gesamtdeutschen Regierung vorbehalten worden ist.

# Die Londoner Konferenz hat begonnen

## Beratungen über Deutschlands Wiederbewaffnung — Der Bonner Plan

London (AP/DPA). In Londons „Lancaster House“, das in der ganzen Welt als Schauplatz großer Nachkriegskonferenzen bekannt ist, beraten seit Dienstag Staatsmänner aus neun Nationen über Deutschlands Wiederbewaffnung und die Frage der Verteidigung Europas. Seit dem Scheitern der EVG sind nur wenige Wochen vergangen, bis sich die USA, England, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Kanada, Italien und die Bundesrepublik auf der Londoner Konferenz zusammenfanden, um eine neue Lösung zu finden.

Am Vorabend der Konferenz lagen konkrete Pläne vor, die England, Frankreich und die Bundesrepublik unterbreitet haben. Die USA halten sich noch zurück. Außenminister Dulles hatte lediglich vor seinem Abflug nach London erklärt, den Amerikanern sei es klar geworden, daß der Uhrzeiger nicht zurückgedreht und Sicherheit in der Isolation gesucht werden könne. „Wir wissen aber ebenfalls, daß wir es uns nicht leisten können, unsere Sicherheit und unsere Existenz aufs Spiel zu setzen, indem wir auf Programme bauen, die keinen echten Schutz bieten.“

### Souveränität für Deutschland!

Die wesentlichsten Punkte des deutschen Planes, den Bundeskanzler Dr. Adenauer in London vorlegte, sind:

1. Die Bundesrepublik bietet dem Westen einen Verteidigungsbeitrag im Rahmen voller und gleichberechtigter Mitgliedschaft im Atlantikpakt (NATO) an, und zwar, soweit möglich, einen Beitrag auf der Grundlage der Prinzipien und Beschränkungen, die im EVG-Vertrag niedergelegt waren.

2. Jede Diskriminierung eines Partners muß ausgeschlossen sein.

## Neuer Atom-Appell der USA

New York (AP/DPA). US-Außenminister Dulles rief vor der UN-Vollversammlung alle interessierten Nationen erneut auf, in gemeinsamer Arbeit die Atomenergie so schnell wie möglich friedlichen Zwecken nutzbar zu machen. In einer Grundsatzerklärung unterstrich er die Entschlossenheit der US-Regierung, das Deutschland und Österreich zugefügte Unrecht im Geist des Friedens zu beseitigen. Zur Atomfrage legte Dulles

3. Die Bundesrepublik verzichtet als „strategisch exponiertes Gebiet“ auf das Recht der Erzeugung von Atom-, Wasserstoff-, Bakterien- und Gaswaffen, nimmt aber an, daß andere Länder „in vergleichbarer Lage“ dasselbe tun werden.

4. Die Bundesrepublik erklärt ihre Bereitschaft, ihre Streitkräfte einer integrierten europäischen Organisation einzugliedern, sobald eine solche besteht.

5. Die Bundesrepublik erwartet eine sofortige amerikanisch-britisch-französische Erklärung über die Beendigung des Besatzungszustandes, wobei aber den Westmächten Rechte hinsichtlich Berlins und der Wiedervereinigung durch Verhandlungen mit den Sowjets verbleiben sollen. Davon getrennt wünscht die Bundesrepublik eine Erklärung der Westmächte über eine von ihnen gemeinsam zu verfolgende Politik mit dem Ziel des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages.

Berlin (AP/DPA). Der amerikanische Oberkommissar Conant hat die Annahme des Briefes abgelehnt, in dem der sowje-

6. Nach der Souveränitätsgewährung wird die Bundesrepublik sich bereit erklären, bestimmte Rechte an die Alliierten abzutreten.

7. Die Bundesrepublik bietet den drei Westmächten den Abschluß von Verträgen über die Stationierung von Truppen an.

### Diplomatische Aktivität

Am Montag herrschte in London eine fieberhafte diplomatische Aktivität. Die verschiedenen Delegationschefs führten miteinander Besprechungen, von denen die Unterredungen der Außenminister Eden und Dulles mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France besonders hervorzuheben sind.

Nach dem Zeitplan sollen die Minister auf der gegenwärtigen Konferenz die Abmachungen über den Verteidigungsbeitrag und über die deutsche Souveränität so weit vorbereiten, daß alsdann Sachverständige die Einzelheiten ausarbeiten können. Eine zweite Neunmächte-Konferenz tritt innerhalb Monatsfrist zusammen, prüft die Berichte und empfiehlt der NATO die Annahme. Im November tritt der NATO-Ministerrat zusammen und nimmt die Bundesrepublik als Mitglied auf.

## Zurück an den Absender

Berlin (AP/DPA). Der amerikanische Oberkommissar Puschkin kürzlich die Auflösung angeblicher „Spionage- und Diversionen-Organisationen“, verlangt hatte.

Der Brief wurde vom amtierenden Protokoll-Offizier der US-Oberkommission in Berlin an den zuständigen sowjetischen Protokoll-Offizier mit einem Begleitschreiben zurückgesandt, in dem es heißt: „Sie werden gebeten, den sowjetischen Oberkommissar zu informieren, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dieses Schreiben als unannehmbar betrachtet, da es falsche und verleumderische Beschuldigungen gegen die amerikanische Regierung und deren Vertreter enthält.“

ein Programm vor, das als Hauptpunkte die Bildung einer neuen internationalen Behörde und die Einberufung eines großen wissenschaftlichen Kongresses für das Frühjahr 1955 enthält. Die Behörde soll mit Mitgliedern aller interessierten Nationen die friedliche Verwendung der Atomenergie fördern. Er betonte mit Nachdruck, daß die Mitarbeit an diesem Programm allen Nationen, auch der Sowjetunion, offenstehe.

## Anklage gegen 41 FDJ-Angehörige

Neustadt/Weinstraße (DPA). Der Generalstaatsanwalt in Neustadt an der Weinstraße hat gegen 41 Angehörige der in Westdeutschland verbotenen FDJ beim Strafsenat des Oberlandesgerichts Anklage erhoben. Ihnen wird Staatsgefährdung, Geheimbündelei und Teilnahme an einem Untergrundverein vorgeworfen.

Die Angeeschuldigten sind zum Teil hauptamtliche Funktionäre und sogenannte Förderer der FDJ.

## SED meldete sich zur Wahl an

Berliner Senat wartet ab — Ruhig auszählen!

Berlin (DPA). Vertreter der Berliner SED-Bezirksleitung haben beim Wahlleiter in Westberlin jetzt schriftlich ihre Partei zur Teilnahme an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 5. Dezember angemeldet. Damit will die SED zum erstenmal seit der Spaltung Berlins wieder eigene Kandidaten in den Westsektoren aufstellen. Das offizielle Anmeldungsschreiben ist vom ersten Sekretär der Berliner SED, Alfred Neumann, unterzeichnet.

In einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Dr. Schreiber hat Neumann außerdem 100 Wahlversammlungen in Westberlin, davon fünf unter freiem Himmel, angekündigt. Es sollten Gebäude, Säle und auch Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Der Berliner Senat hat sich zu diesen Forderungen noch nicht geäußert. Die akut gewordenen Fragen sollen, wie erklärt wurde, später beraten werden.

DT. Zweifellos ist es eine Zumutung, eine Partei zu den Westberliner Wahlen zuzulassen, die nur einige Schritte weiter, in Ostberlin und in der Zone, ein totalitäres und diktatorisches Regime unterhält, in dem es freie Wahlen nicht gibt. Zunächst also liegt der Gedanke nahe, nicht ein übles Doppelspiel zuzulassen, das darin besteht, daß die SED dort, wo sie eine von Moskau entlehnte

## Acht baten um Asyl Flüchtlingsschiff „Batory“ — Politikkommissar eingeschlossen

Whitby (Yorkshire, England) (AP). Sieben polnische Matrosen haben in der Nordsee den 200 Tonnen großen polnischen Heringslogger „Puszyk“ aus Swinemünde eigenmächtig übernommen und sind mit Hilfe eines britischen Schiffers in den Hafen von Whitby in der Grafschaft Yorkshire eingelaufen. Dort baten sie als politische Flüchtlinge um Asyl.

Unter Führung eines 20jährigen Maates hatten die sieben zunächst den Kapitän in seinem

Waschraum eingeschlossen und dann auch den politischen Kommissar und sechs weitere Besatzungsmitglieder festgesetzt. Der politische Kommissar erlitt bei dem Handgemenge Verletzungen am Kopf und an den Händen.

Wenige Tage zuvor hatte das polnische Luxusschiff „Batory“, das schon bekannt wurde als „Flüchtlingsschiff“ für Besatzungsmitglieder, einen neuen Fluchtfall zu verzeichnen: In Sunderland, wo sich die „Batory“ zur jährlichen Überholung befindet, ging diesmal ein Steward von Bord.

Er bat in London auf einer Polizeidienststelle um politisches Asyl. Das Innenministerium hat nun über den Fall zu entscheiden.

Im vergangenen Jahr hatten der Kapitän der „Batory“, Jan Cwiklinski, und der Schiffsarzt, Dr. Wlaciaw Tackläter, das Schiff verlassen und sich unter den Schutz der britischen Behörden gestellt, die ihnen politisches Asyl gewährten. Ihnen waren im Jahre 1951 acht Besatzungsmitglieder, sämtlich 17- bis 20jährige junge Männer, vorgegangen.

## Schadenersatz gefordert

Washington (AP). Die USA haben die Sowjetunion aufgefordert, für den im Oktober 1952 bei Japan durch sowjetische Flugzeuge abgeschossenen „B. 29-Bomber“ Schadenersatz in Höhe von rund 1,62 Mill. Dollar (6,8 Mill. DM) zu leisten.

## Größtes Kraftwerk im Orient

Kairo (Eigenbericht). Das größte Kraftwerk im gesamten Nahen Osten soll in Ägypten von westdeutschen Firmen errichtet werden. Es handelt sich um das Kraftwerk „Kairo-Süd“ (135 000 Kilowatt), zu dem bereits vor drei Jahren die ersten Vorbereitungen getroffen wurden. Die Kosten für die Gesamteinrichtung werden mit rund 50 Millionen DM angegeben.

An den Ausschreibungen, die im Januar dieses Jahres eröffnet wurden, hatte sich eine starke internationale Konkurrenz beteiligt.

Macht ausübt, die gleiche freie Wahlentscheidung unterdrückt, die sie in Westberlin für sich selbst in Anspruch nehmen will. Man kann für die empörte Ablehnung eines Verfahrens, das in derart krasser Weise durch das Fehlen der Gegenseitigkeit gekennzeichnet ist, sehr viel Verständnis haben.

Wichtiger aber ist ein anderer Gesichtspunkt. Wir sollten ruhig in den klaren Ziffern der Wahl vor aller Welt demonstrieren, daß in Westberlin für die SED kein Platz ist — weder für diese Partei einer totalitären Diktatur, noch für ihre Hörigkeit gegenüber Moskau. Wir wollen das nicht! Gerade deshalb sollten wir die Stimmen der SED einmal wieder zählen, nachdem sie sich diesem Urteil bei den letzten Wahlen selbst entzogen hat. Wir zählen dann in prozentualer Rechnungsweise zugleich auch die wirklichen Stimmen der SED in Ostberlin und in der Zone, die Stimmen, die sie dort in freien Wahlen erhalten würde. Die Menschen nämlich sind hüben und drüben in ihrer Denkart nicht verschieden; verschieden, sehr verschieden ist auf beiden Seiten nur die Möglichkeit, der politischen Meinung freien Ausdruck zu geben. Ob es allerdings zu dieser klaren Rechnung kommen und die SED sich tatsächlich in den freien Wahlen Westberlins auszählen lassen wird, das wollen wir zunächst einmal abwarten. Sicher ist das noch nicht.

# Leserbriefe an den Staatssicherheitsdienst

## Wollwebers Agenten lesen mit — Spitzelnetz besonderer Art

Beim sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst gibt es ein Referat, das sich nur mit der Auswertung anonymer Anzeigen und — Leserbriefe befaßt. Dieses Referat unterhält ein Zuträgernetz von rund 500 kommunistischen Leserbrief-Redakteuren. Sein Etat ist erstaunlich hoch, denn jeder dieser Leserbrief-Redakteure bekommt einen Sonderfonds, aus dem er alle die Redaktion selbst nicht interessierenden Informationen honorieren kann. Tausende harmloser Bürger werden so unbewußt in das Spitzelnest des SSD einbezogen.

Musterbeispiele für diese Methode sind die „Berliner Zeitung“ und die „EZ am Abend“ in Ostberlin. Diese Blätter erhalten wöchentlich rund 2000 Leserzuschriften, meist Beschwerden über Mißstände in Verwaltung und Versorgung. Dem Absender wird der Brief mit 10 Ostmark honoriert. Er selbst wird in einer Kartei erfaßt, die Art seines Beitrags nach einem 20-Punkte-Schema klassifiziert und eine politische Bewertung notiert.

### Der einfache Klatsch

Auch einfacher Klatsch, vielleicht gar nicht böse gemeint, steht in diesen Leserbriefen. Gerade zu solchen Mitteilungen werden die Leser durch von der Redaktion ständig eingestreute fingierte Leserbriefe ermuntert. Herr Krause soll sich darüber entrüsten, daß z. B. sein Bäcker an Hausbewohner (die er ja kennt) die Schrippen verkauft, ohne sich vorschriftsmäßig den Personalausweis zeigen zu lassen: „Grundsätzlich müßte man doch...“ Zwei Tage später wird eine Kontrolle in dem Laden gemacht und weitere acht Tage später ist es HO-Geschäft.

Anders die Auswertung der sorgfältig geführten Kartei. Frau Müller hat in einem Jahr 20 Leserbriefe der Kategorien 3 und 11 (Mißstände, Zwischenfälle politischer Art) geliefert. Eines Tages kommt ein Herr: „Guten Tag, ich habe eine Empfehlung der „EZ am Abend“. Sie haben dort eine Reihe sehr interessanter Zuschriften abgegeben. Könnten Sie nicht auch uns aus Ihrer hervorragenden Beurteilung heraus informieren?“

Der Herr stellt sich als „Beauftragter vom Rat des Bezirks“ vor. Und wenn Frau Müller „ja“ sagt, ist sie — bewußt oder unbewußt — Spitzel des SSD

geworden, der ihr nun ganz konkrete Aufträge erteilt.

### Umfangreiches Netz

Die Angehörigen des zuständigen SSD-Referats haben heute schätzungsweise 10 000 Informanten allein in Ostberlin. Über sie erfahren sie vieles, was in Wohnbezirken und Betrieben vor sich geht. Die wenigsten Zuträger wissen, daß sie für Wollwebers Staatssicherheitsdienst arbeiten. Sie bekommen einen Brief der Redaktion, an die sie Zuschriften zu senden pflegen, mit der Aufforderung, doch einmal hierüber und darüber zu berichten. Immer werden die Berichte gut bezahlt.

Aber auch die anderen Zuschriften interessieren den SSD-Auswertungsdienst. Einige Dutzend Auswerter sind ständig damit beschäftigt, die Stimmung und Meinung der Bevölkerung zu registrieren, die Verfasser politisch aggressiver Leserbriefe in die Beobachtungskartei aufzunehmen und Angaben über private Geschäftsleute zu sammeln. Es ist nicht uninteressant zu wissen, daß beispielsweise die Verhaftung einer Gruppe Ostberliner Fleischer auf den — wie sich bei der Gerichtsverhandlung herausstellte — Leserbrief einer 54-jährigen Ostberlinerin an die „Tägliche Rundschau“ zurückging.

Redaktionsgeheimnis? Das ist in den kommunistischen Redaktionen unbekannt. Fast alle Leserbriefredakteure sind Außenposten der Staatssicherheit, bei denen der Bürger für 10 Mark oder auch ohne Honorar Agent werden kann.

## Protest gegen Familiengesetz

Berlin (Eigenmeldung). Zum Entwurf des sowjetzonalen Familiengesetzes haben die evangelischen Kirchen im Bereich der Sowjetzone auf einer Bischofskonferenz Stellung genommen. In einem Memorandum erklären sie, daß die evangelische Kirche diesem Entwurf in wesentlichen Punkten nicht zustimmen könne, da sie in ihm die Tendenz sehe, auch das Ehe- und Familienleben unter politische Kontrolle zu stellen.

Eine Gefährdung der Ehe sehen die Kirchen vor allem in den Formulierungen des Paragraphen 1 des Gesetzentwurfes,

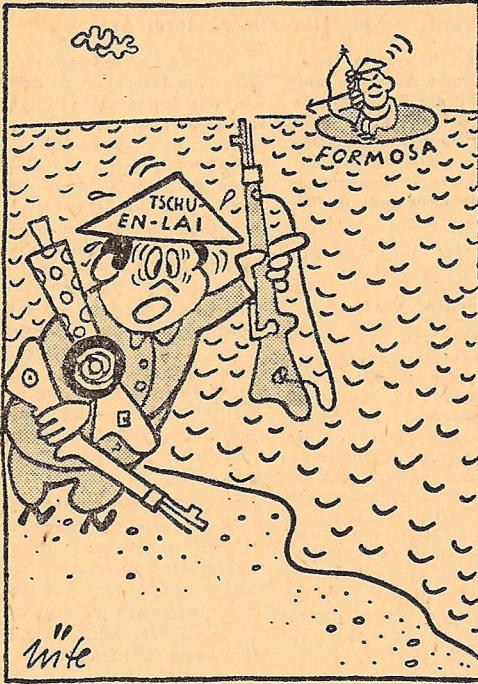
in dem die Ehe mit politischen Begriffen, wie Sozialismus und Patriotismus zusammengebracht wird. Zur Frage der Erziehungsträger wird in dem Memorandum erklärt, daß dies für Eltern und Schule zutrefte. Es sei jedoch unannehmbar, wenn neben die Schule eine Jugendorganisation als gleichberechtigter Erziehungsträger treten solle. Die Kirche müsse sich ferner dagegen verwahren, daß evangelische Eltern, die die Hilfe der FDJ bei der Erziehung ihrer Kinder nicht in Anspruch nehmen, als verantwortungslos verächtigt werden.

## FDJ-Schüler mit Sonderrechten

Berlin (Eigenmeldung). Zu den Schülervertretungen an den Oberschulen Ostberlins wählen bisher die einzelnen Klassen den Schüler aus ihrer Mitte. Nach einer neuen Anordnung des ostsektoralen Schulamtes

dürfen jetzt nur noch FDJ-Mitglieder an der Wahl teilnehmen, während alle Nichtangehörigen der FDJ von den Wahlen ausgeschlossen sind. Der gewählte Klassensprecher muß selbstverständlich auch FDJler sein.

## Das alte Lied



„Da, der Friedensstörer!“

## Genossen zahlen keine Miete

Die Ostberliner volkseigene Wohnungsverwaltung hat Sorgen: die Außenstände an Mieten haben die Millionengrenze überschritten. Das ließe sich noch ertragen, wird in den eingeweihten Kreisen geflüstert, wenn nicht gerade in der Stalinallee die faulsten Zahler säßen. Mehrere hunderttausend Mark Mietsgelder der „ersten sozialistischen Straße“ stehen noch aus und drohen zur Quelle ständigen Ärgers zu werden. Denn nur der kleinste Teil der Schuldner aus der Stalinallee kann aus wirtschaftlichen Gründen das Geld nicht aufbringen. Die meisten sind gutbezahlte SED-Mitglieder, fortschrittliche Aktivisten, verdiente Ärzte des Volkes usw. Also alles Genossen, mit denen man nicht so rücksichtslos verfahren kann wie mit einem Normalverbraucher.

Eben deshalb zahlen sie nicht.

Sie benutzen die Mietszahlung als Druckmittel und sagen offen, daß sie nicht eher zahlen wollen, als bis bestimmte bauliche Mängel oder Schäden in ihren Wohnungen beseitigt sind. Das gerade bereitet der Wohnungsverwaltung Schwierigkeiten. Denn eines Tages wird sie der Sündenbock sein: sowohl für die Mietsrückstände als auch für die Bauschäden in der Prachtstraße Ostberlins.

## Vorbereitung zur Wehrpflicht

Ein Anfang September nach Westberlin geflüchteter politischer Offizier der Volkspolizei berichtete auf der Berliner Pressekonferenz über Vorbereitungsmaßnahmen zur allgemeinen Wehrpflicht in der Sowjetzone. Danach sollen bis Mitte September bestimmte Kartiergruppen angelegt werden sein. Kartei 1 soll alle tauglichen

## Enttäuschender Besuch

Mit großem Propagandaaufwand hatte die FDJ im Frühjahr westdeutsche Jugendliche aufgefordert, einen mehrwöchigen kostenlosen Urlaub in der Zone zu verbringen. Man versprach sich davon nicht nur eine propagandistische Wirkung, sondern hoffte auch, die westdeutschen Gäste im kommunistischen Sinne umerziehen und für illegale FDJ-Arbeit im Westen gewinnen zu können.

Nach Abschluß dieser Ferienaktion wird jetzt in dem Abslußbericht des Zentralrates der FDJ „selbstkritisch“ zugegeben, daß der Plan mißlungen ist und die Höhe der von Pankow zur Verfügung gestellten Mittel in keinem Verhältnis zu dem geringen Erfolg steht. Dem Bericht nach hat sich gezeigt, daß von den Jugendlichen, die aus Westdeutschland kamen, 80 Prozent nur gekommen sind, um eine billige Reise zu unternehmen. Zehn Prozent seien aus Neugierde in die Zone gekommen, um zu prüfen, ob es richtig sei, was in der Bundesrepublik über die Zone erzählt wird. Nur die restlichen zehn Prozent kämen für eine spätere illegale FDJ-Arbeit überhaupt in Frage, von ihnen sei aber wiederum nur ein ganz geringer Teil bereit dazu.

Als Sündenböcke werden die Lagerleiter verantwortlich gemacht, die die politische Propaganda, angeblich ganz von sich aus, zu stark übertrieben haben sollen, so daß sie die Jugendlichen eher abstieß als anzog. Daran konnten auch die gute Pflege und die Erinnerungsgeschenke nichts ändern. So antworteten z. B. in dem Ferienlager Niesky bei Görlitz westdeutsche Jugendliche nach wochenlanger Belehrung auf die Frage, wer der deutsche Staatspräsident sei, nach wie vor: „Theodor Heuss“. Sie lachten, als man ihnen einzureden versuchte, Prof. Heuss sei nur vorübergehend „von den Amerikanern eingesetzt“. Peinlich war den FDJ-Funktionären auch die ständig wiederkehrende Frage, warum es in der „DDR“ keine westdeutschen Zeitungen und Illustrierten gäbe.

Männer der Jahrgänge 1909 bis 1940 enthalten.

## Auf „Studienreise“

Der Staatssekretär im Sowjetzonen-Finanzministerium, Willy Rumpf (SED), ist nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freihändlerischer Juristen „zu Studienzwecken“ für ein Jahr beurlaubt worden.

## Das „Schaufenster der Welt“

Wieder Industrieausstellung am Funkturm - 30% Zonenbesucher

Berlin (Eigenbericht). Bis zum 10. Oktober ist am Berliner Funkturm die Deutsche Industrieausstellung 1954, das „Schaufenster der Welt“ hinter dem Eisernen Vorhang, geöffnet. Schon in den ersten drei Tagen sahen 108 000 Besucher, davon etwa 30 Prozent aus der Sowjetzone und Ostberlin, diese große Leistungsschau des Westens. Mit 1100 Ausstellern aus 27 Nationen übertrifft sie an Glanz und Reichhaltigkeit die Industrieausstellungen der vorhergegangenen Jahre.

Wer die Deutsche Industrieausstellung Berlin 1954 besucht, den grüßen vor dem Betreten der Ehrenhalle des Messegeländes die Klänge eines Glockenspiels, das sich aus 39 Stahlglocken zusammensetzt, die in einem Gitterturm aufgehängt wurden. Noch vor wenigen Jahren waren Gußstahlglocken undenkbar. Schwierige Forschungen haben jetzt ihre Herstellung ermöglicht. 1300 kg wiegt die größte, 6 kg die kleinste Glocke.

### Tiefenschärfe

Ein besonderer Anziehungspunkt ist, wie im Vorjahr, die Gemeinschaftsausstellung der deutschen Fotoindustrie. Auffallend ist die Zahl der Kleinbildgeräte und die der Kameras mit den auswechselbaren Objektiven. Neue Filme, Vergrößerungsgeräte und Zubehör sind in 14 einheitlichen Schauständen ausgestellt.

### Raumton!

Die Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Industrie zeigt ihre Neuerungen in der Schlesien-Halle. Viele Geräte haben heute mehr als einen Lautsprecher, um so die Güte der Wiedergabe zu erhöhen. Überall wird man auf die Bezeichnung „3-D-Ton“ stoßen. Damit soll gesagt werden, daß nunmehr hohe und tiefe Töne, nach allen Punkten des Raumes abgestrahlt, den sogenannten „Raumton“ ergeben. Die Rundfunkwiedergabe klingt jetzt fast so wie die Musik im Konzertsaal.

Ein besonderer Anziehungspunkt in der Schlesien-Halle ist das 90 qm große Wasserbecken auf dem Stand der Deutschen Philips-GmbH. Denn hier wird an zwei Modellschiffen, die in einem richtigen Wasserbecken mit einem Hafen umherfahren, die elektronische Fernsteuerung aufgezeigt.

Auch die Hausfrau kommt bei einer Besichtigung der Industrieausstellung auf ihre Kosten. Nähmaschinen jeder Ausführung, mit allen Raffinessen, sind zu sehen. Die Konstrukteure haben dafür gesorgt, daß die Geradestich-Nähmaschinen durch Zusatzeinrichtungen auch als Zickzack-Nähmaschinen und als Stopfmaschinen verwandt werden können. Auf diesen Maschinen kann man sogar Strümpfe stopfen. Es gibt Nähmaschinen, mit denen man jede Stoffstärke bis zu acht Millimeter, ja sogar Sperrholz und Blei „nähen“ kann.

### Möbel für Raumton

Das Möbelangebot in der Halle X und XI ist außerordentlich reichhaltig und so ausgewählt, daß kein Stück doppelt erscheint. Selbstverständlich ist die Anpassung der modernen Möbel an die herrschende Raumton.

Zum erstenmal ist jetzt auch die gesamte westdeutsche Aluminium-Industrie auf der Industrie-Ausstellung mit einem Gemeinschaftsstand vertreten. Es wird versucht, eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie groß das Anwendungsgebiet des Aluminiums heute ist. Da werden Bierfässer aus Aluminium gezeigt, ferner Aluminiumtüren und -fensterrahmen, Kochtöpfe und Wohnungseinrichtungen sowie ganze Hausdächer.

### Atomindustrie — kein Phantom

Umfangreich ist auch wie im Vorjahr die Beteiligung des Auslands an der Industrie-Ausstellung. Im Marshall-Haus wird die Ausstellung „Atom“ gezeigt. Die Besucher werden durch Schaubilder über die gewaltigen Fortschritte der kernphysikalischen Forschung in Amerika während der letzten 15 Jahre unterrichtet. Diese Ausstellung ist die bisher größte und vollständigste Schau über die Gewinnung der Atom-Energie und ihre friedliche Verwendung. Hauptanziehungspunkt ist das Modell des ersten amerikanischen Atomkraftwerkes, mit dessen Bauarbeiten am 6. September dieses Jahres begonnen wurde. Zum erstenmal wird auch das in natürlichen Größenverhältnissen nachgebaute Modell eines Graphit-Reaktors gezeigt.

## Warum Berlin?

Die erste Deutsche Industrieausstellung Berlin 1950 war als eine ausgesprochene Hilfsmaßnahme für die schwer notleidende Stadt gedacht gewesen. Im Frühling jenes Jahres, als Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard die Idee einer solchen Ausstellung als Demonstration der westlichen Welt hatte, befand sich Berlin in einer schweren wirtschaftlichen Krise.

Heute ist alles anders. Die fünfte Deutsche Industrieausstellung Berlin 1954 findet unter Verhältnissen statt, die ein äußerlich und innerlich verändertes Berlin zeigen.

Die Berliner Industrieausstellung wird für die Zukunft ihre Bedeutung behalten. Denn das wichtige, politisch wie wirtschaftlich hochbedeutsame Mo-

ment einer Berliner Industrieausstellung ist das, daß Westberlins Handel sowohl für die Versorgung der Bevölkerung der deutschen Gebiete östlich der Elbe und des Thüringer Waldes von immer größerer Wichtigkeit wird. Täglich kaufen Tausende aus der „Zone“ in Westberlin ein.

Die Berliner Industrieausstellung ist darum keine künstliche Schöpfung nur der vergangenen Notzeiten, sondern sie ist, gerade solange Deutschland noch geteilt ist, eine Notwendigkeit. Ihre Zweckbestimmung, die seinerzeit dem vorausschauenden Bundeswirtschaftsminister vor Augen stand, ist nur gefestigt und bestätigt worden. Berlin bleibt ein „Schaufenster der Welt“ hinter dem Eisernen Vorhang.

## Exil-CDU zur Einheitswahl

# Ferner laufen noch mit ...

Das Einheitswahl-Ergebnis der Sowjetzone ist nun veröffentlicht worden. Aus der Zonenpresse kennt man die Liste der Kandidaten, die in die Volkskammer einziehen, um nach altem Brauch einstimmig „Ja“ zu sagen. Was am 17. Oktober noch geschieht, hat nicht mehr zu besagen als jede andere befohlene Massenversammlung mit anschließender „spontaner Resolution“.

Bei dieser „Wahl“ spielt die Sowjetzonen-CDU nun schon zum zweitenmal die Rolle des

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzutellen.**

Statisten und Mitläufers. Nur diesmal noch kläglich, noch eindeutiger unter dem Motto „Ferner laufen mit...“ Im Oktober 1950 waren ihre Kandidaten wenigstens noch durch die Parteibezeichnung aus dem Gros der offiziellen SED-Abgeordneten und der inoffiziellen SED-Kandidaten aus NDP, Bauernpartei und Massenorganisationen herauszufinden. Diesmal sind sie vollkommen von der roten Welle verschluckt. Es wird keine Parteizugehörigkeit mehr angegeben.

Vielleicht ist das sogar am

## Wieder neue Sündenböcke

Berlin (DPA). Der SSD hat im Zusammenhang mit der Schweinepest zahlreiche Tierärzte verhaftet. Der Rathenower

ehrlichsten. Man weiß, daß dieses SED-Parlament niemals eine Opposition hatte oder haben wird. Warum also ausdrücklich darauf hinweisen, daß neben der SED-Phalanx auch noch ein paar Kandidaten auf den Wahllisten stehen, die offiziell eine andere Parteizugehörigkeit haben? In dem was sie tun und sagen, ist ohnehin kein Unterschied zur SED-Politik zu erkennen.

Wieviel Prozent der Sitze in der Volkskammer die SED der Nuschke-Partei diesmal noch zugebilligt hat, wird wohl das Geheimnis der Pankower Aktenschranke bleiben. Denn sobald man über die Gruppe der Spitzenkandidaten hinaus ist, beginnt das Revier der „unbekannten Größen“; der Kandidaten, deren Namen wahrscheinlich selbst den Leuten unbekannt sind, die mit ihnen in der gleichen Straße wohnen.

Und die Spitzenkandidaten? In jedem der vierzehn Bezirke rangiert die SED an erster Stelle. Das gesamte Politbüro findet man dort. Ihnen folgen die Vertreter der Nuschke-CDU. Es sind jene, die schon die Rolle des Mitläufers spielten, als es noch andere Möglichkeiten für sie gegeben hätte: Magnus Dedek, Luitpold Steidle, Otto Nuschke, Gerald Götting, Reinhold Lobedanz... Genau jene, die von den Mitgliedern der Sowjetzonen-CDU am meisten verabscheut werden. Die der SED gegenüber besonders willfährigen Funktionäre der Partei, die zynisch

Tierarzt Dr. Kielhorn wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Mehrere Tierärzte sind nach Westberlin geflüchtet.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde, für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

genug sind, sich unter dem Schutz der SED nun auch noch ihren hilflosen Parteimitgliedern als „Kandidaten“ zu präsentieren. Dazu ein paar andere, die etwas später erddeckten, wie man mit Hilfe der SED Karriere machen kann.

Ein trauriges Schauspiel. So eindeutig, daß man, wie gesagt, im Programm auf alle näheren Erläuterungen verzichten konnte. Schließlich werden nicht einmal auf Theaterzetteln die Statisten groß aufgeführt, die nur einen einzigen Satz zu sagen haben. Die CDU-Statisten auf der Pankower Bühne dürfen nicht einmal einen ganzen Satz sprechen, sondern nur ein einziges Wort: „Ja.“

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## UN lehnt Aufnahme Peking ab

New York (DPA). Die 9. UN-Vollversammlung begann in New York mit einer Abstimmungsniederlage der Sowjetunion, als der sowjetische Delegierte Wyschinski die Aufnahme Peking in die UN beantragte. Die Vollversammlung lehnte den Antrag mit 43 gegen 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Anschließend wurde der Holländer Belco van Kleffens zum Präsidenten der Vollversammlung gewählt.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.